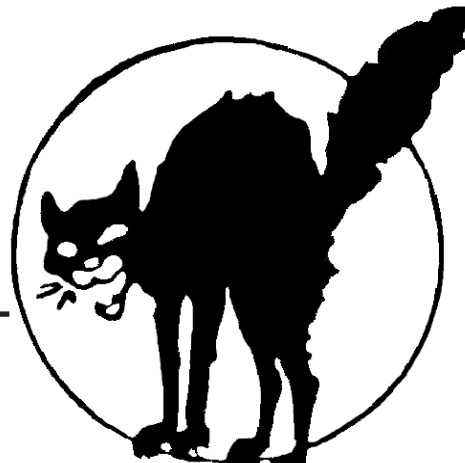


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Green goes khaki

Die Schweizer Stimmbevölkerung kommt nicht zur Ruhe: Schon wieder soll sie über eine Beschränkung der Zuwanderung abstimmen. Dieses Mal soll es aber nicht um Ausländerfeindlichkeit gehen, sondern um etwas Löbliches: Ecopop sei Umweltschutz.



Die Eindämmung des Bevölkerungswachstums und der damit verbundenen zunehmenden Umweltbelastung – das haben sich die Ecopop-Initiant_innen auf die Fahne geschrieben. Die ökologische Kapazität der Erde sei überlastet und natürliche Ressourcen würden knapp, deshalb müsse nun dringend etwas dagegen unternommen werden. Als Lösung für das Problem schlagen die Initiant_innen zwei Wege vor: Für die Schweiz soll die jährliche Nettozuwanderung auf 0.2 Prozent beschränkt werden. Auf internationaler Ebene soll die Schweiz 10 Prozent ihres Gesamtbudgets der Entwicklungszusammenarbeit für Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung aufwenden.

„Stau auf den Strassen, überfüllte Züge,

steigende Mieten, überbautes Kulturland, Artensterben“¹ (oder was im letzten Winter noch „Dichtestress“ hiess) – all dies seien Folgen des Bevölkerungswachstums und müssten nun dringend politisch unter Kontrolle gebracht werden. Nein, ausländerfeindlich oder gar rassistisch seien sie nicht, argumentieren die Initiant_innen. Denn wer heute schon in der Schweiz lebe, dürfe bleiben, ungeachtet der Herkunft. Und neokolonialistisch seien sie auch nicht, im Gegenteil wollten sie mit der Förderung der freiwilligen Familienplanung ja gerade die Selbstbestimmung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern erhöhen.

¹ siehe www.ecopop.ch

(weiter auf Seite 2)

November/Dezember 2014

Nr.33, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Harzige Lohnverhandlungen auf dem Bau 3

150 Franken mehr Lohn wäre das kleinste Problem der Bauarbeiter_innen. Doch selbst dort gibt es keine Einigung.

„Keine Zukunft für den Kapitalismus heisst eine Zukunft für uns alle!“ 4

Auch wenn das Gebäude der europäischen Zentralbank noch nicht fertig ist, der Widerstand formiert sich schon.

Anarchosyndikalismus heute 5

Im zweiten Teil unserer Serie stellt sich die FAU Frankfurt vor.

Die verkannte Revolution 6

Während dem der Widerstand von Rojava gegen den IS im Westen bekannt ist, wird die soziale Revolution kaum thematisiert. Gerade die Frauen spielen eine wichtige Rolle.

Organisierte Passivität 9

Gute Organisation birgt leider auch die Gefahr der Tatlosigkeit. Der Artikel behandelt diese Problematik am Beispiel der Genossenschaften in Biel.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Auch wenn Kobane eine Zeit lang in der Öffentlichkeit sehr präsent war, so doch „nur“ wegen dem Widerstand gegen den Islamischen Staat. Andere „Details“ wurden grosszügig ausgeblendet: Dass sich die Region Rojava (welche auch den Kanton Kobane umfasst) in einer sozialen Revolution befindet, an der sich der achso fortschrittliche Westen ein Vorbild nehmen könnte, wird kaum thematisiert. Bergen die dortigen Prozesse vielleicht zu viel sozialen Sprengstoff und Alternative? Mit dem Abdrucken des Artikels „die verkannte Revolution“ versuchen wir wenigstens ein bisschen Sensibilisierung dafür zu leisten. Und vielleicht gibt es der einen oder dem anderen ein bisschen Hoffnung in einer Welt, welche immer mehr auf der Kippe hin zur Resignation zu stehen scheint. Denn wenn man hört, dass eine solche unmenschliche und scheinheilige Initiative wie Ecopop gemäss Umfragen auch noch droht, angenommen zu werden, scheint doch einiges in unseren Breitengraden schief zu laufen.

Wenn man dann noch die Hetzkampagne gegen die streikenden Lokführer_innen in Deutschland – inklusive Abdrucken von Wohnort und Telefonnummer des Gewerkschaftsführers Weselsky – oder Faschist_innen und Hooligans Hand in Hand durch Kölns Innenstadt ziehen sieht, enkräftet dies nicht gerade die obige Vermutung. Die Faschist_innen scheinen aus der Geschichte gelernt zu haben: Während Antisemitismus gewisse Abwehrreaktionen in der Bevölkerung auslöst, ist Hetze gegen „Asylanten“ und „Islamisten“ weitaus subtilerer Rassismus, welcher immer mehr salonfähig wird. Somit verschiebt sich die Schuldzuweisung wieder von den Herrschenden hin zu Bevölkerungsgruppen, welche sich „demokratisch“ wenig wehren können.

Jetzt könnte sich zeigen, ob auch die Linke aus der Vergangenheit gelernt hat. Lassen wir die soziale Revolution in Kobane nicht einfach in der Abfalltonne der Öffentlichkeit verschwinden, sondern bleiben wir dran mit Aufklärung und Unterstützung. Und lasst uns endlich wieder klarmachen, dass faschistoide Hetze – welche auch gerade bei der SVP immer öffentlicher zutage tritt – nicht einfach eine Meinung ist, sondern ein Verbrechen gegen die Menschheit.

cure Fauistas

Green goes khaki (von Seite 1)

Khaki für eine bessere Welt?

Doch allzu viel Selbstbestimmung sollen diese Leute dann doch nicht erhalten. Gemäss den Initiant_innen ist gerade unser westliche Lebensstandard ein Grund für die Migrationsströme. Und würde man die



Demonstration „Antinational statt pseudosozial“ am 1. November, welche unter anderem gegen Ecopop war:

sen Leuten die Immigration ermöglichen, würden sie unweigerlich einen höheren Lebensstandard als in ihren Ursprungsländern annehmen. Dies wiederum würde eine höhere Umweltbelastung bedeuten. Für die Initiant_innen ist klar: Das darf nicht sein. Die Quintessenz daraus: Ein hoher Lebensstandard soll nur den Bewohner_innen jener (hauptsächlich westlichen) Länder erlaubt sein, die ihn schon haben... Wie war das nochmal mit dem Neokolonialismus? Es wird klar, dass diese Initiative – eine Mischung aus grün und braun – nur zu einer Zementierung der Ungleichheiten zwischen geografischen Weltregionen führt.

Zahnlose Gegner_innen

Die Gegner_innen haben sich formiert: Von links-grün bis hin zur SVP haben alle Parteien die Nein-Parole gefasst. Selbst der SVP geht diese Initiative zu weit. Sie kritisiert vor allem die rein quantitative Reglementierung der Zuwanderung und befürchtet einen Mangel an billigen Arbeitskräften für ihre Unternehmen. Die Argumentation der restlichen Abstimmungsgegner_innen ähnelt in weiten Teilen jenen früherer Kampagnen gegen die ausländerfeindlichen Initiativen der SVP: Der Wirtschaftsstandort Schweiz sei durch die Initiative gefährdet und dagegen gelte es einzustehen.

Bei den Produktionsverhältnissen ansetzen

Wie den Befürworter_innen der Ecopop-Initiative gelingt es auch den Gegner_innen nicht, Lösungen für das Problem der zunehmenden Umweltbelastung anzubieten. Der bürgerliche Teil des Nein-Komitees bezieht hierzu keine Stellung.

Für sie stellt Umweltschutz sowie so nur ein weiteres Hindernis für die Wirtschaft dar. Die Linken ihrerseits setzen auf einen verantwortungsvollen Konsum. Doch ein solcher Konsum widerspricht der Profitlogik der Unternehmen und der Wachstumslogik unserer Wirt-

schaft. Wie sollen Ressourcen geschont werden, wo doch das System darauf beruht, dass immer mehr Ressourcen verbraucht werden sollen? Hier wird auch ersichtlich, dass die Ecopop-Initiative nicht nur ausländerfeindlich ist, sondern selbst auch keine Lösung für das aufgeworfene Problem bietet. Das Problem der überfüllten Züge und Strassen lässt sich kaum durch eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums beheben. Das zentrale Problem hier ist wohl vielmehr ein System, welches auf Vollbeschäftigung beruht und alle Menschen im Erwerbsalter dazu zwingt, morgens zur Arbeit hin und abends wieder nach Hause zu pendeln. Auch das überbaute Kulturland ist eher Folge des Bedürfnisses der arbeitenden Bevölkerung, nach der geleisteten Arbeit noch etwas Idylle geniessen zu können. Eine nachhaltige Produktion und ein verantwortungsvoller Konsum wird im Kapitalismus ein Ding der Unmöglichkeit bleiben. Anstatt andere Kulturkreise für ihr Bevölkerungswachstum zu kritisieren, sollten wir Kritik an unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise leisten, welche es geschafft hat, innerhalb zweier Jahrhunderte nicht nur alle unsere Lebensbereiche sondern gleich noch alle Weltregionen zu umfassen.

Álvaro López

Harzige Lohnverhandlungen auf dem Bau

Die Landesmantelvertragsverhandlungen 2011/2012 waren schon von einer arroganten Haltung der Baumeister geprägt. Bei den jetzigen Lohnverhandlungen versuchen diese, noch deutlicher zu zeigen, wer (momentan) am längeren Hebel sitzt.

Ende Oktober protestierten hierzulande rund 3000 Bauarbeiter_innen. Rund 250 Arbeiter_innen und Unia-Funktionär_innen taten ihren Unmut etwa auf der Baustelle des Zollfreilagers kund. Die Búezer_innen protestierten gegen den einseitigen Abbruch der Lohnverhandlungen durch Werner Messmer, den Präsidenten des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV). laut einer Unia-Mitteilung brach Messmer die Verhandlungen mit der völlig danebenen Aussage „wir brauchen bei den Löhnen eine Denkpause“ ab. Die unsägliche Arroganz, mit denen die Bosse mit den Bauarbeiter_innen umspringen, kommt in diesem einen Satz zur Geltung. Eine solche Geste ist beim SBV aber durchaus kein Einzelfall: Als 2011 ein neuer Landesmantelvertrag (LMV) ausgehandelt werden sollte, liessen sich die Beinahe-Feudalisten der Bauwirtschaft lange bitten. Als es nach über einem Jahr Verhandlungen und Verhandlungsabbrüchen in den ersten drei Monaten des Jahres 2012 zu einem vertragslosen Zustand kam, schob der SBV die Verantwortung alleine der Unia zu und versuchte, die Verunsicherung vieler Bauarbeiter_innen sogleich auszunützen. Der SBV-Vize etwa versuchte, einem erkrankten Arbeiter die Lohnfortzahlung zu verweigern.

Keine schöne Búez

Die Bosse verweigern den Arbeiter_innen aber nicht nur ein klein bisschen mehr Lohn dafür, dass sie sich ihre Körper kaputt schinden, sie verstärken die Schinderei sogar noch. Die schweren Unfälle steigen auf dem Bau in den letzten Jahren etwa wieder an. Über die Ursache besteht kein Zweifel: Stress. Dieser entsteht dadurch, dass immer weniger festangestellte Búezer_innen in kürzerer Zeit mehr bauen müssen. Der Zeitgewinn lässt sich nicht durch zunehmende Auto-

omatisierungen oder weniger arbeitsintensive Technologien erklären. Die Arbeiter_innen werden schlicht ausgepresst, wie eine Zitrone.

In der gleichen Zeit, in der die Bosse den Arbeiter_innen die Daumenschrauben anziehen, verzeichnen sie immer grössere Gewinne. Laut dem Bundesamt für Statistik haben sich die Gewinnmargen im Hochbau zwischen 2008 und 2011 praktisch verdoppelt, im Tiefbau sogar verdreifacht. Dies wohl auch dadurch, dass die Löhne, wenn die höheren Mieten, Krankenkassenprämien und Preise einberechnet werden, pro Jahr real um mindestens 0,3 Prozent sinken.



Schwache Gewerkschaft

Die mageren 150 Franken Lohnerhöhung pro Monat und Bauarbeiter_in, welche die Unia fordern, ist also bei weitem keine überrissene Forderung. Trotzdem bricht der SBV die Verhandlungen einfach so am ersten Tag ab, wieso? Die Antwort ist bei der Gewerkschaft zu finden. Bei den Verhandlungen zum LMV zeigte sich bereits deutlich, dass die Zentralgewerkschaften zumindest in der Deutschschweiz nicht (mehr) in der Lage sind, die Arbeiter_innen zu mobilisieren. Das ist auch wenig erstaunlich, wenn der letzte Vertragsabschluss studiert wird: keine realen Verbesserungen bei der Arbeitssituation und die Löhne... über die Löhne wurde oben schon genug geschrieben. Dass die Löhne sinken, ist auch ein Indiz für eine schwache Gewerkschaft.

Die Schutzbestimmungen des LMV, die in den Anwerbekampagnen der Unia gross gepriesen werden, sind in der Re-

alität oft das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Die Zentralgewerkschaften haben anscheinend bis heute die Folgen der Temporärarbeit nicht verstanden: Die Verträge können noch so gut sein, Temporäre kämpfen selten für ihre Rechte, da sie sonst schnell von den Temporärbüros nicht mehr vermittelt werden.

Schwache Forderungen

Die Begründungen der Unia für die (mageren) 150 Franken mehr Lohn sind alle stichhaltig: Sinkende Reallöhne, mehr Druck, weniger Zeit und deswegen mehr schwere Unfälle, Fachkräftemangel und

verbreitetes Unterlaufen der Verträge. Doch eine Lohnerhöhung hilft nur bei einem dieser vielen guten Gründe: Mehr Lohn bedeutet nicht weniger Unfälle und ebenso wenig mehr Zeit, um eine Arbeit zu erledigen. 150 Franken mehr ändern die dringendsten Probleme auf dem Bau nicht. 150 Franken mehr reichen nicht, um den Baumeistern das arrogante Grinsen aus dem Gesicht zu fegen. 150 Franken ersetzen kein von einem Arbeitsunfall verkrüppeltes Bein. Geld ist heute zwar mitunter notwendig für ein würdiges Leben, aber nicht alles auf dieser Welt. Die Bauarbeiter_innen haben mit ihren Forderungen auch gezeigt, dass sie dies verstanden haben. Die anderen Forderungen werden aber erst umgesetzt, wenn die Búezer_innen sie auf den Baustellen zusammen einfordern – egal ob mit oder ohne von Bossen und Bürokrat_innen ausgehandelten Verträgen.

smf

„Keine Zukunft für den Kapitalismus heisst eine Zukunft für uns alle!“

Tag X, Eröffnung der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main.

Was kritischen Menschen seit langem schon klar war, doch heute durch die Krise des Kapitalismus immer mehr Menschen auffällt: Europa ist kein soziales Projekt, welches Völkerverständigung und Austausch unter den Kulturen fördert, sondern in erster Linie ein Wirtschaftsraum, in dem „Menschenmaterial“¹ verwaltet und verteilt wird! Die „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ ist dann das zynisch-neoliberale Wort für: „Du kannst in einem Nationalstaat leben und dich in einem anderen ausbeuten lassen.“

Bessere Bezahlung heisst im Kapitalismus eben nicht weniger Ausbeutung. Ausbeutung bleibt Ausbeutung durch das Verhältnis von Arbeitgeber_in und Arbeitnehmer_in, von Profiteur_in und nicht Profiteur_in! Wir können noch so viel arbeiten, aber bekommen immer nur einen Bruchteil des von uns erarbeiteten Wertes. Wir unterstützen freiwillig die Chefs und Unternehmen, für die wir arbeiten mit „Spenden“.

Dieses verlogene Gesicht des kapitalistischen Europas zeigt sich besonders in der Sparpolitik der „Krisenstaaten“, wo das „Menschenmaterial“ seine Rechte verliert und die „Menschenmaterial-Verwalter_innen“ neue Rechte an der Ausbeutung dieser Menschen gewinnen.

Die EZB als Mitverantwortliche

Die EZB, als Teil der Troika², trägt Mitschuld an der Prekarisierung ganzer Bevölkerungsschichten und ebenso durch ihre sozialchauvinistische Politik an der daraus resultierenden Zunahme an fremdenfeindlichen, rassistischen und faschistischen Bewegungen in Europa. Wir alle sind Menschen und alle Menschen sollen da leben können, wo sie wollen! Für ihren Rassismus und Chauvinismus haben wir keinen Platz! Ein Weg aus diesem Dilemma wäre die Selbstverwaltung und Selbstermächtigung.

¹ Human Resources.

² Krisenverwaltungsgremium aus Europäischer Union, Internationalem Währungsfond, Europäischer Zentralbank, welches im Zuge der Finanzkrise 2008 entstanden ist.

Somit ist die Eröffnung der europäischen Zentralbank ein gutes Ziel unseres Protests, um unsere lokalen oder nationalen Horizonte zu öffnen und nicht nur Grenzenlosigkeit zu fordern, sondern sie gleich zu praktizieren. Fordern bringt in dieser Welt gar nichts, mehr aber die kapitalistischen Profiteur_innen vor Taten zu stellen, vor eine Praxis der Grenzenlosigkeit, der Nicht-Verwaltbarkeit, der Freundschaft, die mit ihrer Welt, so wie sie sie sich wünschen, unvereinbar ist. Wir fordern nichts, wir verteidigen unsere Ideen, unsere Bedürfnisse, unsere Welt gegen ihre Angriffe.

Eine Welt ohne Lohnarbeit, ohne Gren-

zucht Kapitalismus keine Lösung ist, sondern für die nur das Ende dieses lebensverachtenden Systems die Lösung ist. Wir sind diejenigen, die in ihrem täglichen Leben solidarisch miteinander umgehen, die miteinander leben und arbeiten möchten und nicht gegeneinander. Diejenigen, die zusammenstehen und für die Schwächeren dieser Gesellschaft eintreten und sie schützen, wenn die Exekutivgewalten dieses Systems angreifen. Wir sind diejenigen, die ein für allemal die Schnauze von ihrer Welt gestrichen voll haben und nicht warten, dass es irgendwann besser wird. Wir sind Menschen, die nicht mehr nach ihren Regeln funktionieren wollen.



zen, ohne Militär, ohne Bullen, ohne Staaten und seine Institutionen, eine Welt der Selbstverwaltung und des Friedens ist mehr als nur möglich, sie besteht bereits. Sie besteht in unserem Umgang miteinander, in unseren befreiten Orten, in unserem täglichen Leben und Kämpfen.

Solidarität und Widerstand

Wir sehen, dass die kapitalistische Welt nicht friedlich ist und wir sind diejenigen, die sich durch den Reichtum der westlich-orientierten Welt nicht befrieden lassen. Wir haben kein Interesse an Teilhabe an diesem Reichtum, unser Reichtum ist ein anderer, ein menschlicher. Wir sind keine „Human Resources“, wir sind Störenfriede, wir lassen uns nicht verwalten. Wir sind die, für die ein Kompromiss mit dem

Wir lieben den Widerstand und wir lieben im Widerstand.

Um die Grenzen zwischen lokalen, regionalen Teilbereichskämpfen und der nationalen Ebene zu überwinden, brauchen wir als Menschen, die eine andere, schönere Welt leben, von ihr träumen, an ihr arbeiten, den Moment, in dem wir uns zusammen zeigen und unsere Kämpfe miteinander verbinden und sichtbar werden lassen. Wir sind vielseitig aktiv in verschiedenen Widerstandsbewegungen aktiv und haben alle ein starkes Bedürfnis nach einer anderen Welt fernab vom Kapitalismus. Deshalb sollten wir alle am Tag X in Frankfurt zusammenkommen und der Welt zeigen, dass wir mit diesem lebensverachtendem System nicht einverstanden sind und etwas ganz anderes wollen! „Wir brauchen euch nicht!“

JH.

Anarchosyndikalismus heute #2: FAU Frankfurt

Hallo, wir sind die FAU aus Frankfurt am Main. Unser Einzugsgebiet ist die gesamte Rhein/Main-Region. Wir sind allerdings eine „Vereinigung für alle Berufe“, es gibt also kein branchenspezifisches Syndikat. Für kurze Zeit gab es ein IT-Syndikat. Es gab auch bereits Initiativen, bei Beschäftigten in der Sozialen Arbeit und in Gärtnerei-Betrieben für die FAU und die

Vereins in Frankfurt. Sie arbeiten unter prekären Bedingungen und wir wollen mit ihnen Verbesserungen erstreiten. Wir informieren sie über die rechtlichen Rahmenbedingungen und die innerbetrieblichen Möglichkeiten und entwickeln gegebenenfalls Aktionspläne mit ihnen. Seit 2009 arbeiten wir im „Sozialrevolutionären Krisenbündnis“ mit verschie-

den lokalen politischen Gruppen zusammen. Wir haben mehrfach zu gemeinsamen Demonstrationen aufgerufen und Veranstaltungen organisiert. Das Bündnis hat auch die Kampagne „M31“ maßgeblich mitinitiiert und zu der dazugehörigen grossen bundesweiten Demo in Frankfurt am 31. März 2012

der Leiharbeitsbranche bisher bundesweit einzigen Streik durchgeführt, um ausstehende Löhne und bessere Sicherheitsvorschriften zu erstreiten.

Als 2003 die Arbeitsmarktreform „Agenda 2010“ beschlossen wurde, haben wir, wie in vielen anderen Städten auch, spektakuläre Aktionen wie Besetzungen von Arbeitsämtern durchgeführt.

Fortlaufend beteiligen wir uns immer wieder an internationalen Solidaritätsaktionen, der Gestaltung der FAU-Zeitung „Direkte Aktion“, der Weiterentwicklung der FAU intern auf Bundesebene und bieten arbeitsrechtliche Beratung nach Absprache an.

Was uns von anderen Gewerkschaften unterscheidet, hat die FAU Berlin in der letzten Ausgabe (siehe *di schwarzi chatz* #32) schon super beschrieben. Bei uns entscheiden gemeinsam alle Mitglieder, die sich beteiligen. Und jeder ist auch gefragt, das aktiv zu tun, anstatt auf bequeme Dienstleistungen zu hoffen. Anarchistisch geprägt sind natürlich unsere Grundlagen und unser Blick auf jedes Weltgeschehen. Aber die Arbeitswelt ist und bleibt unser Fokus.



Soliaktion Anfangs 2012 gegen den Spielautomatenhersteller Bally Wulff.

Gründung einer eigenen Sektion das Interesse zu wecken.

Uns gibt es bereits seit 1980, einige aus unseren Reihen sind auch seit damals dabei. Im vergangenen Dezember haben wir eine grosse 33-Jahr-Feier mit Vorträgen, Livemusik und Buffet veranstaltet.

Was uns aktuell am meisten beschäftigt, ist das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur „Tarifeinheit“. Dies bedeutet, dass künftig nur noch die im Betrieb am stärksten vertretene Gewerkschaft mit den Arbeitgebern verhandeln darf. Verabschiedet ist dieses Gesetz noch nicht. Es käme in den meisten Betrieben den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zugute. Dieser setzt sich auch mehrheitlich für das Gesetz ein, wobei es intern Widerstand gibt. Die FAU insgesamt und besonders auch wir aus Frankfurt leisten im Bündnis mit einigen anderen kleinen Gewerkschaften, Jurist_innen und Gewerkschaftslinken aus Verdi und der IG Metall Öffentlichkeitsarbeit und erarbeiten unsere Strategie in bundesweiten „Streikrechtskonferenzen“.

Ausserdem beraten wir derzeit studentische Beschäftigte eines grossen sozialen

aufgerufen. An diesem „European Day of Action against Capitalism“ fanden viele Demonstrationen in ganz Europa statt. Für diese Kampagne haben sich in ganz Deutschland viele antiautoritäre politische Gruppen vernetzt und sowohl auf regionaler als auch auf bundesweiter und sogar internationaler Ebene regelmässig getroffen.

Mit der Kampagne „Leiharbeit abschaffen!“ informieren wir seit 2009 über Tarifverträge und Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsbranche in Deutschland. Es fanden auch viele Aktionen und überregionale Veranstaltungen statt.

2007 haben wir aus Frankfurt uns sehr aktiv an der grossen Kampagne „Strike Bike“ beteiligt. In Nordhausen sollte das grosse Fahrradwerk „Bike Systems“ in Insolvenz gehen und schliessen. Die Beschäftigten hielten das Werk in Form einer „ständigen Betriebsversammlung“ besetzt, konnten den Abtransport der Fertigungsanlagen verhindern und produzierten das Soli-Modell „Strike Bike“. Trotzdem wurde die Firma kurze Zeit später abgewickelt.

Im Dezember 2005 haben wir in der Frankfurter Zeitarbeitsfirma „It.A“ den in

Anarchosyndikalismus hier+jetzt

Anarchosyndikalismus wird hauptsächlich mit der Vergangenheit in Verbindung gebracht: Von allen Bewegungen ist wohl die historische spanische CNT-FAI noch die Bekannteste. Noch weniger als über die Vergangenheit ist jedoch über die Gegenwart des Anarchosyndikalismus bekannt. Diese Serie setzt genau hier an: Hiermit wollen wir die Aktualität des anarchosyndikalistischen Konzeptes zur Diskussion stellen. Dazu erhalten verschiedene (vorerst deutschsprachige) anarchosyndikalistische Syndikate eine Plattform, um ihre Entstehung, ihre Funktionsweise sowie ihre gegenwärtigen Kämpfe und Herausforderungen darzustellen. Wir hoffen, dadurch den Anarchosyndikalismus greifbarer zu machen und, wer weiss, vielleicht die eine oder den anderen dazu zu bewegen, auch in ihrer/seiner Stadt anarchosyndikalistisch aktiv zu werden.

FAU Bern

Die verkannte Revolution

Der Weg zu einer rätedemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft.

Über Rojava hört man in Mitteleuropa kaum etwas – zu Unrecht, handelt es sich doch um eine der bedeutendsten Revolutionen der Gegenwart. Eine Insel, mitten im Gebiet politischer Konflikte: eine zentralistische Regierung gibt es nicht. Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch und selbstbestimmt durch Volksräte gefällt. In diesen wird die Organisierung von Kliniken, Schulen, oder Bäckereien gestaltet. Alle in der Region lebenden Menschen, unabhängig von Ethnie, Religion oder Sprache, sind in den Räten vertreten. Es besteht eine Frauenquote von 40% in allen Verwaltungen. Rojava ist auch eine Geschlechterrevolution. Nebst der Emanzipation von Frauen steht eine Emanzipation aller Geschlechter im Vordergrund: von Lesben, Schwulen und Transsexuellen. Dies ist nicht nur für den Mittleren Osten herausragend. Rojava, das ist ein sicherer Hafen für verfolgte Minderheiten, für Ethnien wie Araber_innen, Armenier_innen, Assyrer_innen, Alevit_innen, Yezid_innen oder christliche Gemeinschaften. Nebst der Frauenquote gibt es Quoten aller Ethnien und Religionen, um eine Mitbestimmung aller Diversitäten zu gewährleisten. Hier leben Menschen unterschiedlichster Couleur nicht nur nebeneinander, sondern miteinander.

Abschaffung hierarchischer Strukturen

Rojava (zu Deutsch „der Westen“) wurde im November 2013 durch die kurdische „Partei der Demokratischen Union“ (PYD, eine Schwesternpartei der PKK) und die christliche „Suryoye Einheitspartei“ als unabhängig proklamiert. Die Region bildet den Westen des kurdischen Siedlungsgebietes, besteht aus den Kantonen Efrîn, Cizîrê und Kobanê und umfasst eine Bevölkerung von 2.5 Millionen Menschen. Sie befindet sich im Norden und Nordosten Syriens und grenzt somit an die Türkei, den Irak und Iran. Hintergrund ist die historisch tief verankerte Unterdrückung der Kurd_in-

nen. Während der Lausanner Konferenz (1922-1923) wurde das kurdische Siedlungsgebiet als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt, wobei Erdölinteressen eine wesentliche Rolle spielten. Dies, obwohl der kurdischen Bevölkerung zuvor ein eigenes Siedlungsgebiet versprochen worden war. Seither erstreckt sich das Siedlungsgebiet über vier Staaten: Türkei, Iran, Irak und Syrien. In Syrien ist die kurdische Sprache seit 1958 verboten. 1961 gab es eine Ausbürgerungskampagne, wodurch 200'000 Kurd_innen papierlos wurden. 1965 wurde ein „Arabischer Gürtel“ geschaffen und 140'000

Verteidiger der kurdischen Bevölkerung, sondern aller unterdrückten und verfolgten Ethnien in der Region. Als der IS jüngst Yezid_innen angriff, schritten die beiden Einheiten ein, so dass Tausenden von Menschen das Leben gerettet werden konnte.

Während sich die PYD und PKK initial als sozialistische Organisationen verstanden, kam es in den vergangenen Jahren zu einem Wechsel der politischen Ausrichtung. Die Idee des „Demokratischen Konföderalismus“ wurde entwickelt und 2005 als politisches Konzept proklamiert. Ziel ist es demnach, eine nichtstaatliche,



Kurd_innen von Grenzregionen in südliche Wüstenregionen deportiert. Im Rahmen des syrischen Bürgerkrieges wurden 2012 die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) gegründet. Die ihr analoge YPJ („Frauverteidigungseinheiten“) ist eine reine Fraueneinheit. Die YPG und YPJ verfolgen keine politische Linie, sondern bestehen lediglich zum Zweck, die regionale Bevölkerung gegen Angriffe zu verteidigen, beispielsweise gegenüber der syrischen Armee oder aktuell dem IS. Nicht nur Kurd_innen kämpfen in ihren Reihen - je nach Region überwiegen Assyrer_innen (syrische Christ_innen) oder Araber_innen, in manchen Regionen überwiegen Frauen. YPG und YPJ sehen sich nicht als als

demokratisch-ökologische und selbstverwaltete Gesellschaft zu etablieren. Nebst dem Staat sollen alle Hierarchien abgeschafft werden. Dies soll erreicht werden durch lokale, basisdemokratische Strukturen. Die Idee bewegt sich im libertären Spektrum und wurde stark beeinflusst durch Schriften des Öko-Anarchisten Murray Bookchin, aber auch durch Bakunin, Kropotkin und Zerzan. Nach der Einnahme Rojavas wäre es der PYD ein Leichtes gewesen, einen kurdischen Staat mit Vorherrschaft durch die eigene Partei zu gründen. Darauf wurde jedoch verzichtet. Im Gegenteil: Strukturen, die zuvor der PYD unterstanden, wurden an die Bevölkerung übergeben. Zentrale Strukturen wurden dezentralisiert.

„Selbstverwaltung ist Befreiung“

Nach der Gründung Rojavas wurde begonnen, Strukturen für eine kollektive Selbstverwaltung zu schaffen. Entscheidungen werden nun in den Volksversammlungen (Räten) gefällt, die aus der lokalen Bevölkerung bestehen - und somit aus den verschiedensten Ethnien, Religionen, Alters- und Berufsgruppen. Betrachtet man die Volksversammlungen von der kleinsten zur grössten Ebene, existieren zunächst die lokalen Kommunen, von denen es in jedem Stadtteil mehrere gibt. In den Kommunen wiederum gibt es verschiedene Komitees, so z.B. ein Komitee für Gesundheit, Bildung, Lebensmittel, Benzin, Reinigung, Transport, Ökologie, Technik oder Medien. Nach den Kommunen kommen auf nächst höherer Ebene die lokalen Versammlungen, dann die Städteversammlungen und schliesslich die Regionsversammlungen. Jede Versammlung besteht aus Vorsitzenden der jeweils kleineren Versammlungseinheit. Die Vorsitzenden sind allerdings nicht alleine entscheidungsmächtig, sondern lediglich Delegierte der im Kollektiv getroffenen Entscheidungen. Die Besetzung dieses Amtes ist nicht fix, sondern rotiert ständig. Entscheidungen werden auf der jeweils kleinstmöglichen Ebene gefällt. Ist dies nicht möglich, erfolgt eine Delegation an die nächsthöhere Instanz.

In den Räten sind nebst parteilosen Individuen auch alle Parteien vertreten. Allerdings sind es nicht die Parteien, welche die Versammlungen verwalten, sondern die Tev-Dem („Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Westkurdistan“). Hierbei handelt es sich um eine übergeordnete Koordinationsstruktur. Auch hier partizipieren alle Bewohner_innen der Region und Mitglieder der Kommunen. Die Tev-Dem beinhaltet zwar Parteien als Mitglieder, wie z.B. die PYD oder Frauen- und Jugendorganisationen. Sie agiert jedoch autonom anhand der Entscheidungen, die ihre Mitglieder fällen. Dies kann der Linie der Parteien widersprechen. Vor Errichtung von Rojava, während des Baath-Regimes, war die Region vernachlässigt. Es fehlte an Strukturen, um die grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Nun gibt es ein funktionierendes Müllabfuhrsystem. Es besteht eine

kostenlose Gesundheitsversorgung. Der Aufbau einer Universität ist in Planung. Aufgrund der Autonomie und Selbstverwaltung von kleinen bis hin zu grösseren Strukturen, wäre jede Region imstande, weiterzubestehen, auch ohne die anderen Regionen. „Eine Gesellschaft, die sich selbst verwalten kann, ist eine befreite Gesellschaft“, so Asya Abdullah, Vorsitzende der PYD.

Alternativen anstelle von Verboten

Die ökonomischen Strukturen bestehen grösstenteils aus Kooperativen. Ein kapitalistisches Wirtschaftssystem wird abgelehnt. Ziel ist eine Ökonomie, die sich an lokalen Bedürfnissen anstelle



Junge Frauen ziehen mit der Yekîneyên Parastina Jinê (YPJ), der Frauenverteidigungseinheit, in den Krieg.

von Gewinnen orientiert. Privateigentum wurde nicht verboten, da dies als Widerspruch zu den basisdemokratischen Strukturen verstanden wird. Verbote würden Zentralisierung und Machtmonopol bedeuten. De facto käme dies einer staatlichen Gesellschaftsstruktur gleich. Stattdessen wird versucht, alternative Strukturen zu stärken, und ein Bewusstsein von Kollektivität und Solidarität zu schaffen, in welchem Eigentum nicht mehr anstrebenswert ist. Ein Teil dieser Strategie ist die Gründung und Stärkung von Kooperativen. In der Region des Mittleren Ostens ist Feudalherrschaft stark verankert. Grundbesitzer lassen landlose Arbeiter_innen für sich arbeiten. In Rojava gibt es nur noch vereinzelt solche Strukturen. Ein weiteres Ziel ist es, die Umwelt so wenig wie nur möglich zu belasten. Agraringeni-

ure in den Kommunen untersuchen daher die Voraussetzungen für den Anbau von Gemüse und Obst.

Umwälzung des Bildungssystems

Umgewälzt wurden auch die Schulen und Hochschulen in Rojava. Durch Bildung wird versucht, konservative, religiöse und separatistische Dogmen zunehmend zu überwinden. Anstelle eines paternalistischen Erziehungssystems wird eine gleichgestellte Beziehung zwischen Schüler_innen und Lehrer_innen angestrebt. Vor der Befreiung Rojavas wurde eine einzige Sprache gelehrt, eine einzige Flagge akzeptiert. Assyrische, kurdische und arabische Kinder besuchten unter-

schiedliche Schulen. Mittlerweile ist der Unterricht gemischt. Es werden mehrere Sprachen gelehrt. So werden Sprachen gefördert, die vom Aussterben bedroht sind, wie z.B. Aramäisch. Nebst den regulären Fächern werden auch „Soziologie“ und „Jineoloji“ gelehrt. Bei letzterer handelt es sich um einen feministischen Wissenschaftsansatz, in welchem dem patriarchalen Selbstverständnis von Wissenschaft eine feministische Alternative entgegengestellt wird.

Tatsächlich handelt es sich bei der Revolution in Rojava vor allen Dingen um eine Revolution der Frauen. Wie immens der erreichte Sinneswandel ist, wird noch offensichtlicher, wenn man sie in Relation zur zuvor herrschenden patriarchalen Realität setzt. Frauen, die ohne männli-

(weiter auf Seite 8)

verkannte Revolution (von Seite 7)

che Begleitung (und sei es der 5-jährige Sohn) keinen Fuss vor die Türe setzen können. Frauen, die nicht im gleichen Raum wie Männer essen dürfen, weil es als obszön gilt, wenn Frauen den Mund öffnen. Frauen, die sogar zur Wahrung der „Familienehre“ getötet werden, wenn sie vergewaltigt werden, da sie dann nicht als Opfer, sondern als „beschmutzt“ gelten. Heutzutage ist es in Rojava, aber auch in anderen Regionen, in denen die kurdische Bewegung präsent ist, gang und gäbe, dass Frauen sich engagieren und mitbestimmen. Auch ausserhalb Syriens, beispielsweise in der Türkei, sind Frauen Bürgermeister_innen, unter ihnen lesbische Frauen und Transfrauen.

Eine Revolution der Frauen

In allen drei Kantonen gibt es Frauenakademien. „Solange sich die Frauen nicht selbst befreien, kann keine Revolution Bestand haben“, so die Besucher_in einer Akademie. Teilnehmer_innen sind Frauen jeglichen Alters, manche Analphabetinnen, andere Akademikerinnen, wieder andere haben zuvor in den Reihen der YPJ-Guerilla gekämpft. Während es an klassischen Akademien Lehrer_innen und Schüler_innen gibt, wurden diese Verhältnisse hier über Bord geworfen. Jede Frau ist gleichzeitig Lehrer_in und Schüler_in. Jede teilt ihr Wissen, ihre Erfahrungen, und lernt gleichzeitig von den Anderen. Zusammen ausgearbeitet wird beispielsweise die Geschichte der Menschheit bis zur kapitalistischen Moderne. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Einfluss des Patriarchats auf alle Herrschaftsbeziehungen, wie beispielsweise Nationalismus. Eine Frau erzählt, wie die Revolution den Alltag der Frauen verändert hat. Mittlerweile seien die Häuser leer, die Frauen auf der Strasse. Auch Jugendliche und ältere Menschen, deren Leben sich zuvor grösstenteils zuhause abspielte, sind draussen, organisieren sich, sind Teil der Revolution, die draussen belebt wird. Die Struktur der traditionellen Familie hat sich gewandelt in kommunale Strukturen. Es gibt diverse Jugendorganisationen, die sich unabhängig organisieren, z.B. die „Bewegung junger Frauen“, die „Liberale Jugend“, die „Konföderation der Schüler_innen“, die „PYD-Ju-

gend“. Sie alle nehmen teil an den Volksräten und bestimmen mit. Auf der Strasse und in den Schulen organisieren sie sich, bilden eigene Komitees zu Themen wie Medien, Kultur oder Kunst. Im Interview sprechen die Jugendlichen darüber, dass sie nebst der gesellschaftlichen eine geistige Revolution wollen, „so wie die 68-er Bewegung“. Die „Bewegung junger Frauen“ kritisiert, dass bisher in der Volksversammlung keine Jugendquote eingeführt worden ist und möchte sich dafür einsetzen.



Kobane umzingelt: vorne greift der islamische Staat an und hinten formiert sich bereits die türkische Armee, wahrscheinlich nicht gegen den IS...

Angriff von allen Seiten

Die Bevölkerung in Rojava hat sich entschieden, einen dritten Weg zu gehen, anstatt Partei zu ergreifen auf Seite staatlicher Regime oder islamistischer Kräfte. Das schafft aber auch viele Feinde. Nebst der Schwierigkeit, selbstverwaltete Strukturen aufzubauen, sieht sich die Bevölkerung mit Angriffen von aussen konfrontiert: vom Assad-Regime, dessen Gegner_innen oder die Türkei. Dem IS ist Rojava ebenfalls ein Dorn im Auge. Nebst direkten Angriffen werden Mafia und Drogenbanden gespiesen, um Rojava zu schwächen. Die Spuren dieser Angriffe sind überall. Auf den Strassen prangen zerbombte Häuser. Die Wände in den Schulen sind durch Schüsse verlöchert, Kirchen von Armenier_innen und Assyrer_innen liegen nach Angriffen durch den IS in Trümmern. Lehrer_innen werden angegriffen, Kinder entführt. Strukturen zum Schutz vor Angriffen sind da

unabdingbar. Während 24 Stunden wird Wache gehalten, auch an den Schulen und Frauenakademien.

Im Rahmen der aktuellen Konflikte in der Region sind Millionen von Menschen geflüchtet – viele davon nach Rojava. Jedoch kontrollieren sowohl umgebende Regierungen, als auch der IS die Grenzen und verhindern Import wie Export. Es fehlt an Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischer Versorgung, Unterkünften. Die Stromversorgung wurde durch die ISIS gekappt, die Wasserversorgung ist

zusammengebrochen. Grenzdörfer werden durch den IS angegriffen. Hunderte von Menschen sind bereits ums Leben gekommen. Zusätzlich leiden die Menschen Hunger, sind obdachlos oder sterben durch Krankheiten. Epidemien wie Tuberkulose oder Hepatitis B greifen um sich. Rojava ist als autonomes, basisdemokratisches Projekt akut bedroht und damit alle Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben. Rojava ist einzigartig auf der Welt. Es ist ein politisches Konzept, welches Hoffnung macht und weitere, ähnliche Strukturen hervorbringen kann. Es benötigt dringend unsere Solidarität.

A.C.

Dieser Artikel wurde im Oktober bereits in der Zeitschrift *Vorwärts* veröffentlicht.

Inhaltliche Quellen: Texte Ibrahim Okcuoglus, das Kurdische Forschungszentrum sowie persönliche Interviews und Recherchen.

KINO in der Reitschule

Eine linke Utopie in der Praxis: Frauenrevolution und Demokratische Autonomie in Rojava und Nordkurdistan

Anja Flach, Frauenaktivistin und Ethnologin, reiste im Mai 2014 mit einer Delegation der Kampagne Tatort Kurdistan nach Rojava (Nordsyrien). Sie berichtet über den Aufbauprozess dieses alternativen Gesellschaftsmodells, der Rolle der Frauen darin und die aktuelle politische Situation.

Samstag 13. Dezember 2014 um 16 Uhr im Kino der Reitschule.

Organisierte Passivität

Bedeutet für Dich, Teil einer gut organisierten Institution zu sein, dass Du zurücklehnen kannst?

Die Entwicklungstendenzen von „Organisationen mit Bewegungshintergrund“¹ zeigen Schwierigkeiten auf, die sogar das Hauptziel der Struktur, die Absicht hinter der Organisation, infrage stellen können. Mindestens das Selbstverständnis, aus dem heraus die Organisation entstanden ist, geht dabei verloren. Wenn also für die eigene Gruppe Statuten verfasst oder Ziele gesetzt werden, lohnt sich ein Blick auf „typische Entwicklungsmuster“ anderer Organisationen, damit diese Tendenzen im eigenen Konzept berücksichtigt werden können. Die Gründe für spezifische Entwicklungen zu erkennen und in der Organisationsstruktur zu berücksichtigen ist nicht einfach. Zu viele Faktoren spielen mit, als dass direkte Vergleiche wörtlich genommen werden sollten, zu spezifisch sind die jeweiligen historischen oder personellen Umstände, als dass sich eine andere Organisation wirklich gleich verhalten könnte.

Trotzdem sollten solche Vergleiche angegangen werden, alleine schon, um uns mit komplexen Entwicklungsmustern auf einer bewussten Ebene auseinanderzusetzen. Ein zweiter Grund ist der Zeitrahmen; meist ist die eigene Gruppe nicht alt genug, oder zumindest ist es die Beteiligung der eigenen Person

¹ Ein Wortkonstrukt, das Organisationen zusammenfassen soll, die nicht einfach für etwas einstecken oder ein Problem lösen, sondern damit auch eine politische Haltung verbinden und somit gegen andere Herangehensweisen vorgehen.

nicht, um langfristige Tendenzen beobachten zu können. Ein letzter Faktor ist die Annahme, dass Organisationsmuster geprägt werden, bevor eine Gruppe Erfolge hat, zur Massenorganisation wird oder – ganz ungewollt natürlich – zur staatstragenden Institution.



Fabrikgässli: vom Kollektiv zur Genossenschaft.

Professionalisierung der Strukturen

Viele der Strukturen, welche unsere gegenwärtige Gesellschaft prägen, haben schon ein paar Jahrzehnte auf dem Buckel. Für die basisdemokratische und libertäre Bewegung von besonderem Interesse sind Institutionen wie Gewerkschaften oder Genossenschaften, die bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem aber in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine tragende Rolle gespielt haben. Damals wurden sie allerdings noch von einer breiten Basis getragen.

In den angesprochenen Zeiten hatten

diese Institutionen ein grosses Mobilisierungspotential und haben Dinge geprägt und Entwicklungen angestoßen, die Auswirkungen bis heute haben.

Bereits im Artikel „Sag Etwas!“ (siehe *di schwarzi Chatz* #31) ging es um die Untersuchung von Entwicklungsdynamiken einer dieser historischen Institutionen.

Gross- oder „Funktionärsgewerkschaften“ dienten als Beispiel für bürokratisierte Strukturen, die für eine Masse zu sprechen beginnen, indem sie Funktionär_innen zu öffentlichen Personen machen. Anstatt dass diese unaufdringlich

Inputs der Basisbewegung „verwalten“, also Themen und Anliegen aufgreifen, verbinden und umsetzen, profilieren die Funktionär_innen sich in Politiker_innenmanier. Dies wird durch die Tatsache befördert, dass die Legitimität der Gewerkschaften gesunken ist und dadurch die Mobilisierung zum drängenden Problem wird.

Damit verbunden war auch die Frage, wie sich eine Professionalisierung tolerieren lässt, um die Vorteile qualitativer und nachhaltiger Praxen zu haben, ohne Bevormundungen und Paternalismen zuzulassen. Schliesslich bedeutet,

(weiter auf Seite 10)

Organisierte Passivität (von Seite 9)

eine fokussierte Struktur zu schaffen oft auch, eine Machtkonzentration zuzulassen, um die es sich zu kämpfen lohnt. Das heisst, die Attraktion liegt weniger in der thematischen Konzentration als vielmehr im gemachten Nest, das zu übernehmen einfacher ist, als etwas neu und von vorne zu beginnen.

Ein Deckel statt ein Dach über dem Kopf

Am Beispiel von Wohnbaugenossenschaften kann die These aufgestellt werden, dass ganze Organisationen bewegungstechnisch in Passivität verfallen können. Sie verwalten und erhalten nur noch das Erreichte. Aus der Perspektive der Genossenschaftler_innen kann das kaum als Problem bezeichnet werden, das Dach über dem Kopf ist gewährleistet und jedes Jahr findet auch eine Genossenschaftsversammlung statt. Währenddessen ist die Gesellschaft als Ganzes aber nicht einfach still gestanden.

Die Stadt Biel ist zwar nicht gerade ein durchschnittliches Beispiel, denn verschiedene Gründe haben dazu geführt, dass der Einfluss linker Strukturen deutlicher hervortritt als anderswo. Da es in diesem Artikel allerdings um strukturelle Entwicklungsdynamiken geht, muss das Beispiel nicht aus dem Bereich statistischer Mittelwerte stammen. Gerade weil die Baugenossenschaften zwischen 1945 und 1960 fast die Hälfte aller Wohneinheiten erstellten (45% oder 2750 Wohnungen), drängt sich die Frage auf, welche Rolle sie heute haben.

Kurz gesagt, gibt es viele dieser Genossenschaften immer noch. Sie bieten auch heute Mietwohnungen an, die preislich zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt zu haben sind. 2006 haben diese zusammen fast 20 Prozent der Wohnungen in der Stadt verwaltet. Allerdings gehen die wenigsten noch einer aktiven Bautätigkeit nach. Veränderungen durch den Bauboom in den letzten Jahren sind leider nicht berücksichtigt. Trotz gleichbleibender Anzahl Genossenschaftswohnungen ist der Anteil am Gesamtbestand somit deutlich gesunken. Neue Genossenschaftswohnungen sind eher kleinen Projekten zu verdanken, die nicht primär

sozialverträgliche Mieten zum Ziel haben, sondern urbane Lebensentwürfe verwirklichen, wie das Beispiel FAB-A am Fabrikgässli zeigt. Einem Projekt, das mit vielen finanziellen Mitteln vorangetrieben wurde und so nebenbei ein anderes (finanzschwaches) Projekt zerstörte.

Die meisten Baugenossenschaften beschränken sich auf den Unterhalt oder die Modernisierung ihrer Wohnungen. Das kann, wie die Baugenossenschaft Mettlenweg zeigt, auch mal zu einem Ersatzneubau führen. Die Genossenschaft musste aber, um die Summe von fast 50 Millionen aufzutreiben, mit einem/r Investor_in zusammenarbeiten. Ohne hier für eine umfassende Politisierung argumentieren zu wollen, stellt sich bei den obigen Beispielen die Frage, wer und



Mettlenweg: von der Genossenschaft zum Investitionsobjekt.

wieviele Aktive die „Basisbewegung“ ausmachen. Das Ziel, nutzer_innennah und gemeinnützig Wohnraum zu erstellen und zu verwalten, ist ein wichtiger Schritt der kollektiven Selbstermächtigung. Dabei ist die Genossenschaftsform nicht die einzige Variante, aber eine, die sich sehr gut in die bestehende Gesellschaft integrieren lässt – zu gut, wenn nur Eliten und Expert_innen mitdenken.

Organisationsmuster wider Passivität

Organisationen entstehen, um Probleme anzugehen. Mit dem Alter wird die Organisation zur Institution und die beteiligten Akteur_innen zu passiven Mitglieder_innen. Mit der Passivität aber geht Bürokratisierung und Hierarchiebildung einher.

Organisieren heisst Zusammenarbeit

strukturieren. Gemeinsam erreicht man mehr und es gibt für die Einzelnen gar noch weniger zu tun. Soweit der praktische Aspekt. Weniger praktisch ist der Aspekt, dass mit einer Organisation auch eine Kollektiv entsteht, das nicht automatisch zur Symbiose der beteiligten Individuen führt. Ein Vergleich von Organisationen mit dem Körper von Individuen geht vielleicht etwas weit, doch zumindest ist ein Kollektiv eine Körperschaft, die nur in einem kleinen Bereich divergieren kann, sonst zerbricht sie (dann bräuchten wir Irrenanstalten für Organisationen). Der Vergleich geht definitiv zu weit, wenn die Arbeitsteilung untersucht wird, schliesslich arbeiten Menschen auf keinen Fall so automatisch zusammen wie Körperzellen. Eine

Organisation mit Menschen sollte schon deren Autonomiebedürfnis berücksichtigen.

Schon eher stimmt das Bild der Fettzellen, die Passiv an der Peripherie liegen und ein bisschen Polster und Reserven sind. Sie geben zwar schön warm, sind aber weniger Massenbewegung als Balast.

Kooperation bie-

tet immer eine Möglichkeit zur Hierarchisierung. Für viele gehört das zu „Zusammenarbeit“ zwingend dazu. Wenn es nicht so weit kommen soll, muss in einem bewussten und andauernden Prozess dagegehalten werden. Schon das Fazit des letzten Artikels betonte die Wichtigkeit, auf inhaltlicher Ebene miteinander zu kommunizieren, dabei sollte das eigene Ego zurückhaltend einfließen. Der Titel „Sag Etwas!“ richtete aber bereits einen Apell an die Beteiligten, welche die angeprangerte Entmündigung hinnehmen. Etwas zu sagen ist nur ein möglicher erster Schritt. Passivität wird vor allem dadurch bedrängt, dass man etwas tut. Wenn sich alle etwas mehr einbringen und einige mehr auf andere hören, entstehen stimmige Kollektive.

s.deo

Feindbild

Und die Barbaren greifen wieder von allen Seiten an,
Der Feind steht wieder vor den Toren
Wehre dich, sonst hast du alles verloren
Bleibe loyal, bleibe Untertan

Die Islamisten werden uns versklaven
Der Russe uns mit Bomben strafen
Die Chinesen uns die Arbeit stehlen
und es wird uns an allem fehlen

Die Asylanten werden uns ausnützen
wer wird uns nur vor ihnen schützen?
Drum verteidige DU dein Vaterland
und bleibe dessen Untertan

Bewundere das weisse Kreuz auf rotem Grund
respektiere und ehre den helvetischen Bund
Verrat am Land ist Verrat an den Deinen
an unsern schönen Fluren und Weiden

doch Moment mal.....

Haben nicht die Herrschenden uns die Arbeit geklaut?
Unsere erkämpften Rechte wieder versaut?
Leben wir denn nicht alle gemeinsam im Mühsal
Leiden an einer Ehe zwischen Staat und Kapital?
Verdienen sie denn nicht von all dem Tod?
Siehst du bei diesem Leid nicht auch schwarz-rot?

Wie soll ich ruhig bleiben und hier sitzen,
wenn sich Leute umbringen, weil sie in Schulden stecken
unterbezahlte Frauen für unseren Wohlstand schwitzen
und Menschen an längst heilbaren Krankheiten verrecken

Ich brauche kein Feindbild, ich hab schon eins
Ein System, das mordet und ausblutet
und selbst in weiter ferne wütet
und der Staat gibt ihnen Schutz
lockt sie sogar und versteckt ihren Schmutz
und auf so was soll ich stolz sein
und es nennen Mein?
Ein Vaterland brauch ich keins

Was ich brauche ist Freiheit und Solidarität
und keine apathische Maschinerie
Staatsgewalt oder Marktionalität
was ich brauche, nenne ich Anarchie

von: Feng Apollinarian Tifa

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeitersamen Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Spezialprogramm um Spezialprogramm, Proteste um Proteste... Die Nachrichten aus Spanien haben ein offizielles Bild...
1

Arbeitslosigkeit und Heiligtums
Hier bekennen ich meinige...
2

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
3

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
4

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
5

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
6

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
7

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
8

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
9

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
10

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
11

Die Felle auf der Arbeit
Die Felle auf der Arbeit...
12

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos!
Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

EINE GEWERKSCHAFT: Weil diese Organisationsformen sowohl den ökonomischen, politischen, sozialen, und bis zu einem gewissen Grad auch den kulturellen Bereich des Lebens abdeckt. Weil sie direkt aus der Bevölkerung entsteht und deren Interessen vertritt.

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen sich denjenigen des Kapitalismus/der Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von der Basis getroffen werden sollen und wir zur Selbstorganisation der Kämpfe aufrufen.

SOLIDARISCH: Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen. Weil einzig Reflexion und die berufsübergreifende Aktion den Gruppenegoismus verhindern.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

Auflage: 250
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)



Gleichstellung

Noch immer haben Frauen in der Arbeitswelt schlechtere Chancen als Männer: Sie bekommen im Durchschnitt 21% weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, bekommen weniger interessante Aufgaben zugeteilt und Weiterbildungen, sie werden viel öfter Opfer von sexueller Belästigung – und wenn es zu Kündigungen kommt, werden oft erst die Frauen entlassen. Gegen all diese Diskriminierungen gibt es seit 1996 das Gleichstellungsgesetz. Natürlich gilt dieses Gesetz auch für auf Grund ihres Geschlechts benachteiligte Männer.

Niemand darf aufgrund des Geschlechts, des Zivilstands, der familiären Situation oder einer Schwangerschaft in der Arbeitswelt benachteiligt werden.

Dies gilt insbesondere für:

- Anstellung und Kündigung
- Arbeitsbedingungen
- Aufgabenzuteilung
- Lohn
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Beförderung

Zusätzlich definiert das Gleichstellungsgesetz die Pflichten der Arbeitgeber_innen im Falle einer sexuellen Belästigung (siehe unten).

Das Gesetz verbietet direkte und indirekte Benachteiligung.

Direkte Diskriminierung

Wenn du für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person des anderen Geschlechts.

Indirekte Diskriminierung

Wenn du für eine andere, aber gleichwertige Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person des anderen Geschlechts. Stereotype Frauenqualitäten

(z.B. flinke Finger, Geduld) führen zu weniger Lohn als stereotypische Männerqualitäten (z.B. Kraft, Durchsetzungsvermögen).

Klage durch die Gewerkschaft

Auch eine Gewerkschaft, ein Berufsverband oder eine Frauenorganisation kann eine Klage führen! Die Betroffenen müssen sich dann nicht exponieren. Die Verbandsklage ist möglich, wenn mehrere Arbeitsverhältnisse von einer Diskriminierung betroffen sind. Nimm in solchen Fällen mit der FAU Kontakt auf!

Achtung: So begründet auch Forderungen nach gleichen Löhnen für beide Geschlechter sind, stelle in einem Arbeitskampf nicht diese Forderung (Also nicht: „Gleicher Lohn für Frauen und Männer“). Fordere, dass die Löhne auf das Niveau des anderen Geschlechts angehoben werden sollen (Also: „Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männerlöhne“) – Sonst könnte dies eine Lohnkürzung für das andere Geschlecht bedeuten!

In jedem Kanton gibt es eine Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen im Erwerbsleben, welche auch für Beratungen angefragt werden können.

www.direkteaktion.org		Direkte Aktion
		[mehr als nur eine Zeitung]
	abonnieren? zeitung@faubern.ch	

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch